

Protokoll Nr. **192**

vom 14. Dezember 2023

Sitzungsbeginn: 8.10 Uhr

Ort: Gemeindeamt Söll

Teilnehmer: Bürgermeister und Gemeindeverbandsobmann Ing. Wolfgang Knabl
Bürgermeister Klaus Manzl
Bürgermeister Christian Tschugg
PDL DGKP Markus Günther, Bakk. BSc
WBL PFA Elisabeth Höckner-Herzog (Personalvertretung)
Mag. Marion Schneider (Betreutes Wohnen/Protokoll)

Entschuldigt: HL Sabine Werlberger
Vize-BM Anton Zott
GR Josef Schachner

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung des Protokolls der letzten Sitzung (Nr. 191 vom 18.09.2023)
2. Beschlussfassung des Voranschlags für das Jahr 2024
3. Anträge, Anfragen und Allfälliges gemäß § 35 (4) TGO 2001
4. Bewohnersituation
5. Personalangelegenheiten

(ab Punkt 4. ist die Sitzung nicht mehr öffentlich)

1) Beschlussfassung Protokoll der letzten Sitzung (Nr. 191 vom 18.09.2023)

Das Protokoll der letzten Verbandsversammlung vom 18.09.2023 wurde vorab an die Verbandsmitglieder übermittelt und anlässlich der gegenständlichen Sitzung einstimmig genehmigt.

2) Beschlussfassung des Voranschlags für das Jahr 2024

Der Pflegedienstleiter informiert, dass alle Posten im Voranschlag inflationsbedingt um 9 % aufgewertet wurden. Strom- und Gaskosten können weiterhin nicht zuverlässig vorhergesagt werden. Kernthema bleiben die Leasingmitarbeiter.

Mit Stand Jänner 2024 setzt sich das Leasingpersonal aus 2,75 Diplomierten und 2,5 Pflegeassistenten zusammen. Damit fehlen bei einem Leerstandsbett derzeit noch immer vier Vollzeitäquivalente.

Im Mai dieses Jahres war die Personalberechnung 1,5 Jahre alt, eine folgende Anpassung der Pflegestufen hatte einen massiven Mehrbedarf an Pflegemitarbeitern zur Folge. Hinzu kam, dass innerhalb eines Jahres 13 Austritte zu verzeichnen waren.

Eine Mehrstundenaufrollung sowie die nachgeholte GuS-Einstufung brachten darüber hinaus massive Mehrkosten mit sich, die nicht budgetiert waren.

Um vier Vollzeitpflegekräfte – diese bedeuten in der Praxis sieben bis acht Teilzeitmitarbeiter – in einem Haus mit 54 Betten einzusparen, müssten zehn Betten unbesetzt bleiben, wodurch allerdings dann auch keine Einnahmen für die gesperrten Betten zu verzeichnen wären. Der Verzicht auf drei Leasingmitarbeiter (ca. € 700.000,-) wiegt beinahe den Einnahmehinweg durch fehlende Bewohner bei einer Bettensperre auf.

Betreffend Unterbringung der Leasingmitarbeiter muss der Verband – sofern er diese nicht stellen kann – finanziell aufkommen. Die meisten Leasingmitarbeiter des Hauses haben selbst eine Wohnmöglichkeit. Sie beziehen kein 13. und 14. Monatsgehalt. Über das Jahr gesehen ist ein Leasingmitarbeiter ca. um ein Drittel teurer als ältere langjährige Mitarbeiter. Die Lohnkosten (Stand November 2023) wurden von der Kufgem noch inklusive jener Mitarbeiter berechnet, die in Kürze austreten werden. Die Leasingmitarbeiter sind in den Sachkosten angeführt.

Derzeit ist ein Bett frei, weshalb eine Entscheidung über die künftige Vorgangsweise bzgl. einer Bettensperre unerlässlich ist. Die drei Bürgermeister sprechen sich klar dafür aus, dass alle Betten offenbleiben. Eine Bettensperre sollte die letzte Option sein.

Der PDL informiert in diesem Zusammenhang über derzeit 22 gültige, dringende Bewerber auf der Warteliste. Eine Bettensperre bei gleichzeitig langer Bewerberliste würde eine äußerst schlechte Außenwirkung ergeben.

Zahlreiche Mitarbeiter haben mittlerweile sehr viele Überstunden angesammelt, (teilweise 300 bei 50 % Beschäftigung). Ein Abbau dieser Mehrstunden ist nicht möglich, weshalb für die Betroffenen möglichst rasch eine Zukunftsperspektive geschaffen werden muss.

Drei bevorstehende Austritte erfolgen aus gesundheitlichen Gründen.

Der GV-Obmann stellt die Möglichkeit von Aufstufungen des Beschäftigungsausmaßes in Aussicht, um Überstunden abzubauen.

Weiters berichtet er von Maßnahmen, die zur Personalrekrutierung getroffen werden. Geplant ist unter anderem eine Imagevideokampagne, die vor allem auch im ausländischen Raum (z. B. Slowakei) greifen soll. Speziell für ausländische Bewerber muss dann aber ein Ansprechpartner (Agentur) zur Verfügung stehen, der sich um Nostrifikationen, Wohnungssuche usw. kümmert, was wiederum zusätzliche Kosten verursachen wird.

Nach längerer Diskussion wird der Voranschlag 2024 mit der Variante 5,8 Leasingmitarbeiter bei gleichzeitigem Offenhalten aller 54 Betten einstimmig beschlossen.

Der Voranschlag 2024 wird nochmals dementsprechend angepasst und den GV-Mitgliedern per Email übermittelt.

Ende April 2024 soll dann ein Zwischenresümee bezüglich der Leasingmitarbeiter gezogen werden.

3) Anträge, Anfragen und Allfälliges gemäß § 35 (4) TGO 2001

Die Sitzung ist ab Punkt 4) nicht mehr öffentlich.